Flüchtlingspolitik geht nur gemeinsam

Posted on 4. Dezember 2021 by Ludwig Greven

Das Drama an der belarussischen Grenze lehrt: Humanitäre Alleingänge helfen so wenig wie eine Abschottungspolitik. Diesmal hat es die EU recht gut gemeistert. Die Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 lastet bis heute auf der Europäischen Union. Die anhaltenden dramatischen Bilder von frierenden, hungernden, verzweifelten Menschen im Feindesland zwischen Belarus und Polen erinnerten sofort daran.

Die Bilder erinnern daran, nicht weil die Aufnahme von gut einer Million Flüchtlingen und Migranten die Gemeinschaft seinerzeit überfordert hätte. Sondern weil die nicht mit den europäischen Partnern abgestimmte Entscheidung Angela Merkels im Herbst 2015, nicht nur einige Tausende Flüchtlinge aus Ungarn einzulassen, sondern die deutschen Grenzen danach offen zu halten, die EU in eine nicht überwundene schwere Krise gestürzt hat. Seitdem stehen sich Ungarn, Polen, aber auch andere Länder in Ost und West, die die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ablehnen, auf der einen Seite und die Befürworter offener Grenzen vor allem in Deutschland auf der anderen unversöhnlich gegenüber.

Lukaschenkos Kalkül

Genau auf diese Spaltung, welche eine seit langem angestrebte Einigung der EU auf eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik verhindert, zielten der belarussische Diktator Lukaschenko und mutmaßlich sein Förderer Putin mit der Aktion, Menschen aus Krisenländern anzulocken, um sie in die EU weiterzuschleusen und so Rache zu üben für die gegen ihre Länder verhängten Sanktionen. Doch ihr Kalkül ging nicht auf, wie vorher schon Erdogan erleben musste, als er ähnlich verfuhr: Die Gemeinschaft ließ sich diesmal nicht auseinander dividieren. Auch die alte und die neue Bundesregierung inclusive der Grünen standen trotz aller Differenzen an der Seite Polens, das die herangekarrten Menschen nicht über die Grenze ließ und so die EU gegen den Erpressungsversuch und eine erneute unkontrollierte Zuwanderung schützte.

Zugleich übte die EU massiven Druck auf das belarussische Regime und die beteiligten Fluggesellschaften aus, die Schleuseraktion zu beenden. Mit Erfolg: Hunderte wurden in ihre Heimatländer zurückgeflogen, während sich zivile Gruppen bemühen, die Gestrandeten trotz der Blockade durch die polnischen und belarussischen Sicherheitskräfte zu versorgen.

Für Menschen, die sich humanitären Werten verpflichtet fühlen, sind die Bilder und Berichte von Leidenden in Belarus nur schwer auszuhalten. Der Reflex, sie aufzunehmen, ist nur zu verständlich. Aber es hätte nicht weitergeführt. Nicht nur hätten sich Lukaschenko und Putin bestätigt gefühlt und womöglich Nachahmer

gefunden. Es hätten sich mutmaßlich auch weitere Menschen auf die neue Fluchtroute gemacht, die Spaltung der EU hätte sich vertieft. Ohne dass sie einer Lösung des tiefgreifenden Problems auch nur einen Millimeter näher gekommen wäre.

Eine harte Abwehrpolitik verletzt Grundwerte

Auch die neue Ampel-Regierung mit Beteiligung der Grünen, die sich am stärksten für eine liberale, humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzen, wird die Realitäten zur Kenntnis nehmen müssen: Für eine Politik der offenen Grenzen gibt es in der EU keine Mehrheit, hierzulande ebenfalls nicht. Deutschland verfolgt diese Linie deshalb selbst seit längerem nicht mehr, siehe den Pakt mit Erdogan, ohne allerdings einen besseren Plan zu haben.

Eine harte Abwehrpolitik, welche Europa endgültig in eine Festung verwandelte, ist jedoch keine Alternative, weil sie zentrale Grundwerte der EU verletzt: die Würde und Freiheit jedes Menschen, nicht nur der EU-Bürger, und ihre Offenheit und Reisefreiheit im Inneren. Und weil sie sich als unrealistisch und undurchführbar erwiesen hat. Denn der Migrationsdruck entsteht im Wesentlichen nicht durch Pull-Faktoren wie Sozialleistungen, sondern durch die Verhältnisse in den Herkunftsländern, für die wiederum die EU-Staaten mitverantwortlich sind. Solange für Millionen Menschen in ihrer Heimat ein Leben unerträglich erscheint, werden sich weiterhin viele auf den Weg in ein besseres Leben in Deutschland und der übrigen EU machen. Und sich von noch so hohen Mauern nicht aufhalten lassen. Im Zweifel werden sie weiterhin im Mittelmeer oder im Ärmelkanal ihr Leben riskieren und nicht selten verlieren.



Refugees welcome on Seawatch 2 | Foto: Brainbitch auf Flickr CC BY-NC 2.0

Mehr Wege für legale Einwanderung

Die EU-Staaten müssen sich, ob sie wollen oder nicht, auf langfristig anhaltende Flucht- und Migrationsbewegungen einstellen. Da eine Einigung auf einen EU-weiten Verteilgungsschlüssel wie in Deutschland ausscheidet wegen der Ablehnung vor allem der osteuropäischen Staaten, sollten die aufnahmebereite Länder vorangehen und ein eigenes gemeinsames Verfahren entwickeln, um Geflüchtete auch aus den Ländern zu übernehmen, die sich weigern. Zugleich muss die EU die überforderten Länder an den Außengrenzen, vor allem Griechenland und Italien, stärker unterstützen, auch um illegale Pushbacks zu verhindern.

Um das Geschäft der Schleuser zu durchkreuzen, sollten die aufnahmebereiten Staaten zudem in Kontigentlösungen Bedrohte aus Kriegs- und Konfliktländern wie Syrien und Irak und deren Anrainerstaaten holen, wie es die UN-Flüchtlingskonvention vorsieht. Und gleichzeitig vemehrt Wege für eine legale Einwanderung anbieten, als Alternative zu einer wilden, lebensgefährlichen Flucht, bei der sich oftmals nur die Stärksten durchsetzen.

Doch klar ist auch, dass die EU nicht alle Menschen aufnehmen kann, die der unerträglichen Lage in ihrer Heimat entfliehen wollen. Das würde den Zurückbleibenden dort nicht helfen, und es würde den inneren Frieden in der Gemeinschaft und den einzelnen Ländern bedrohen. Stattdessen müsste die EU verstärkt Druck auf die jeweiligen Regierungen und Eliten ausüben, die Verhältnisse dort zu verbesseren, und das Ihrige dazu beitragen, indem sie zum Beispiel ungerechte Handelspraktiken beendet, die eine wirtschaftliche Entwicklung in den ärmeren Ländern zu mehr Wohlstand und Freiheit behindern.

Deutschland braucht Zuwanderung

Auf der anderen Seite müssen die Einwanderungsgegner und Skeptiker die Realität ebenfalls zur Kenntnis nehmen: Ein offenes Land und die EU insgesamt lassen sich nicht abschotten, Deutschland braucht Zuwanderung. Und wer einmal ins Land gekommen ist, bleibt in aller Regel; Abschiebungen gibt es auch aus Unions-geführten Bundesländer kaum. Deshalb sollten alle Anstregungen darauf gerichtet sein, die Neubürger so schnell und so entschieden wie möglich zu integrieren, auch in die hiesige Werte- und Gesetzesordnung, und in Arbeit zu bringen.

Einen Königsweg gibt es nicht. Aber immerhin haben Deutschland und die anderen EU-Staaten bewiesen, dass sie aus der Flüchtlingskrise von 2015/16 gelernt haben: Kein Land kann auf Dauer alleine handeln, da eine einseitige Aufnahme Rückwirkungen auf die anderen hat und Abgewiesene sich ein anderes Zufluchtsland suchen. Es geht daher nur gemeinsam.

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren